

Die GRÜNEN – Anspruch und Wirklichkeit

Analyse des Bundesprogrammes
der GRÜNEN

Die GRÜNEN haben auf ihrem Parteitag in Saarbrücken vom 21. bis 23. März 1980 ein Bundesprogramm beschlossen. Es wurde bisher nur bruchstückhaft gewürdigt, weil der Gesamttext erst nach längerer Verzögerung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Zu wichtigen politischen Themenfeldern, nämlich Steuern, Währung und Finanzen sowie Kindern und Jugendlichen, sollen Beschlüsse auf dem nächsten Bundesparteitag der GRÜNEN am 21./22. Juni 1980 in Dortmund nachgeholt werden. Auf diesem Parteitag soll auch die Entscheidung fallen, ob und mit welchen Wahlausagen die GRÜNEN sich an der Bundestagswahl beteiligen werden.

Die GRÜNEN sind als ökologische Bewegung entstanden. In ihrem Bundesprogramm erklären sie zum Kern ihres Selbstverständnisses:

„Unsere Politik ist eine Politik der aktiven Partnerschaft der Natur mit dem Menschen.“

Damit machen sie die Ökologie zum beherrschenden Maßstab ihres politischen Handelns. Gleichzeitig aber erheben sie den Anspruch, „*Alternative zu den herkömmlichen Parteien*“ zu sein und unternehmen den Versuch, ein alle politischen Bereiche abdeckendes Programm vorzulegen. Aus der vorrangigen Vertretung eines Teilinteresses einerseits und dem allgemeinen politischen Anspruch andererseits jedoch hat sich ein programmatischer Widerspruch ergeben, der von den GRÜNEN naturgemäß nicht aufgelöst werden konnte. Er durchzieht das gesamte Programm.

Die GRÜNEN – eine Partei ohne Identität

Eine Partei, die Alternative zu den vorhandenen Parteien sein will, schuldet der Öffentlichkeit in erster Linie eine klare Aussage über ihre Identität, d. h. über das Verständnis vom Menschen, das ihrer Politik zugrunde liegt, über die Grundwerte, an denen sie ihr Handeln orientiert, über ihr Verhältnis zu den grundlegenden Normen und Prinzipien von Staat und Gesellschaft. Zu all diesen Fragen schweigt sich das Programm der GRÜNEN jedoch aus. Ob die GRÜNEN sich zur parlamentarischen Demokratie bekennen, ob sie ein materialistisches oder ein ethisch begründetes Menschen- und Weltbild besitzen, ob sie Freiheit personal oder kollektivistisch verstehen, ob sie Toleranz und Kompromißbereitschaft oder Kampf und Konflikt als Form der politischen Willensbildung bejahen, all das bleibt unbeantwortet.

Die GRÜNEN konnten in ihrem Programm ihre wahre Identität u. a. deshalb nicht klären, weil der Konflikt zwischen ihrem aufrichtigen ökologischen Flügel und den marxistischen Kräften nicht lösbar ist. Ihr Spektrum reicht von engagierten Naturschützern, die die Natur bewahren wollen, bis zu dogmatischen Marxisten, die die Gesellschaft revolutionieren wollen, es reicht von Gruhl bis Bahro.

Der Saarbrücker Parteitag hat bereits gezeigt, wer in dieser internen Auseinandersetzung bei den GRÜNEN die Oberhand behalten und wer damit die Identität der GRÜNEN definieren wird. Gruhl und viele seiner Weggefährten haben bereits resigniert. Anfang Juni haben alleine in Schleswig-Holstein über 100 Mitglieder der GRÜNEN ihren Austritt mit dem „dogmatisch-marxistischen Kurs“ der Partei begründet. Andere werden folgen.

Der baden-württembergische Landesvorsitzende Hasenclever warf den GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen vor, den ökologischen Ansatz verlassen zu haben. Die Ökologen bei den GRÜNEN werden auf Dauer der ideologischen Hartnäckigkeit, dem Machtwillen der Marxisten, der Kaderdisziplin und dem Organisationsvermögen keinen erfolgreichen Widerstand entgegensezten können.

Mit welcher Konsequenz diese dabei vorgehen, machte Rudolf Bahro im „Spiegel“ deutlich, indem er kurz nach seinem Übertritt aus der DDR über die Gründung einer neuen sozialistischen Partei nachdachte und sich dann für eine Unterwandlung der GRÜNEN aussprach. Bahro weiß genau, daß die radikalen Sozialisten gegenwärtig

„eine eigene Partei gar nicht auf die Beine bringen“ und deshalb „nichts Besseres tun können als sich weitgehend mit der ökologischen Bewegung zu identifizieren“ (Bahro, BBC, 13. März 1980).

Die Unterwanderungsabsicht ist somit offen ausgesprochen.

Dieser Situation der GRÜNEN entsprechend trägt das Programm in seinen Einzelaussagen bereits in starkem Maße die Handschrift der Marxisten, die den Ökologen unter den GRÜNEN lediglich Inseln der Illusion gelassen haben.

Marxistische Handschrift

GRÜNE Wirtschaftspolitik: die programmierte Krise

Besonders bei der Analyse unserer wirtschaftlichen Probleme und ihren Lösungsvorschlägen lassen sich die GRÜNEN von marxistischem Gedankengut leiten. Wie wir dies bereits von marxistischen Splitterparteien bis hin zu den Jusos gewohnt sind, ist auch für sie die angebliche Krise des Spätkapitalismus die eigentliche Ursache aller Probleme.

„Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland werden heute durch die ökologische und ökonomische Krise der Industriegesellschaft bedroht.“

Diese Behauptung bildet den Hintergrund für das gesamte Programm. Sie wird durch die Feststellung

„Die Produktion richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nach den Interessen des Großkapitals“

erhärtert und durch die ökologisch-spätmarxistische Forderung

„Hier genau müssen sich ökologische und Arbeiterbewegung verbinden“

abgerundet. Die angebotene Lösung ist dann ebenso rigoros wie diffus:

„Wir sind grundsätzlich gegen jegliches quantitatives Wachstum, ganz besonders dann, wenn es aus reiner Profitgier vorangetrieben wird.“

Ob nun aus ökonomischer Naivität oder um die „Krise des Kapitalismus“ zu verschärfen: Die Vorschläge der GRÜNEN zur Wirtschaftspolitik müssen in jedem Falle in die Krise führen, die die GRÜNEN zur Rechtfertigung ihrer Politik für die Gegenwart behaupten.

Die CDU weiß, daß ein bestimmtes wirtschaftliches Wachstum sich nicht auf unendliche Zeit fortsetzen läßt. Aber das bedeutet nichts anderes, als daß das Wirtschaftswachstum wie die meisten anderen sozialen Phänomene auch im

geschichtlichen Ablauf einem strukturellen Wandel unterworfen ist. Dazu gehören insbesondere die Veränderungen, die durch Einwirkung des technischen Fortschritts bewirkt werden.

Die Konsequenz eines Null-Wachstums wäre wirtschaftlicher Rückschritt. Die Arbeitslosigkeit würde katastrophale Ausmaße annehmen. Selbst bei einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3 % p. a. rechnet das Info-Institut gegen Ende der 80er Jahre mit einer Arbeitslosigkeit von 6 %, was etwa 2 Millionen Arbeitslosen entspricht. Bei Null-Wachstum würde die Arbeitslosenzahl Ende der 80er Jahre zwischen 8 und 9 Millionen liegen. Das hieße: fast ein Drittel aller Erwerbspersonen wäre ohne Arbeit.

Der Ausfall an realem Sozialprodukt bei Null-Wachstum im Vergleich zu einem realen wirtschaftlichen Wachstum von 3 % p. a. würde zu unübersehbaren Verteilungspolitischen Konflikten führen. Bezogen auf das Jahr 1979, in dem das reale Bruttosozialprodukt 877,5 Mrd. DM betrug, würde ein Null-Wachstum in den darauffolgenden 10 Jahren bis 1989 einen kumulierten Wachstumsausfall von fast 4 000 Mrd. DM bedeuten. Das heißt, innerhalb von 10 Jahren würde auf ein ansonsten zusätzlich verteilbares Sozialprodukt verzichtet, das mehr als dem Sechsfachen der Bruttolohn- und -gehaltssumme des Jahres 1979 entspräche (rd. 643 Mrd. DM).

Durch ein Null-Wachstum würde auch ein erheblicher Steuerausfall entstehen. Dadurch würde die Bewältigung öffentlicher Aufgaben und die dringend erforderliche Konsolidierung des Bundeshaushaltes weitgehend unmöglich gemacht. Unterstellt man wiederum ein 3%iges reales Wirtschaftswachstum und eine Aufkommenselastizität des Steuersystems von 1,0, so würde sich für die 80er Jahre ein kumuliertes Minderaufkommen an Steuern von 618 Mrd. DM ergeben. Zum Vergleich: Das Gesamtsteueraufkommen des Jahres 1979 lag bei 343 Mrd. DM.

Für die CDU ist Wirtschaftswachstum die Chance, unsere Zivilisation vor Stagnation und Rückschritt zu bewahren, national und weltweit mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und dabei die zwangsläufigen Verteilungskämpfe zu entschärfen. Wirtschaftswachstum ist für uns kein Selbstzweck, sondern eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung des sozialen Friedens im Innern und für die friedliche Lösung internationaler Verteilungskonflikte.

GRÜNE Energiepolitik — Arbeitslosigkeit und Zwangswirtschaft

Wie nicht anders zu erwarten, fordern die GRÜNEN den

„sofortigen Genehmigungs- und Baustopp für Atomkraftwerke und Betriebsstopp für bereits in Betrieb befindliche Atomanlagen“.

Gleichzeitig wollen die GRÜNEN auch auf die Nutzung fossiler Brennstoffe möglichst weitgehend verzichten.

„Durch die heute hauptsächlich genutzten fossilen Brennstoffe ist die Erzeugung von Energie nur über Verbrennungsprozesse möglich. Dabei werden umweltschädliche Substanzen wie Schwefel- und Stickoxide erzeugt.“

Statt auf Kernenergie, Erdöl und Kohle setzen sie auf Sonne, Wind und Wasser:

„Die Energieerzeugung durch Verbrennungsprozesse muß ersetzt werden durch die Energienutzung aus umweltfreundlichen, regenerativen Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser).“

Diese energiepolitischen Vorstellungen müßten in eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe führen, welche die Dimensionen der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren sprengen würde. Das Ausmaß dieser Katastrophe ist nicht berechenbar. Es läßt sich allenfalls erahnen, wenn man sich die Folgen bereits von Null-Wachstum vor Augen führt.

Das Energiepotential aus Wind, Sonne und Biomasse bietet für unsere Volkswirtschaft keine energiepolitische Alternative. Auf absehbare Zeit kann man davon ausgehen, daß etwa 4 % unseres Energiebedarfs aus diesen Quellen gewonnen werden können, wobei die Sonnenenergie hieran noch den größten Anteil haben dürfte. Nimmt man die Forderungen des Programms ernst, so sind für die GRÜNEN die verbleibenden 96 % unseres Energiebedarfs einzusparen, eine politisch verantwortungslose Utopie.

Die Ökologen unter den GRÜNEN mögen sich über diese Folgen und Zusammenhänge täuschen, die Marxisten unter ihnen gehen zu Recht davon aus, daß die so hervorgerufene Krise nicht mit freiheitlichen und rechtsstaatlichen Mitteln zu lösen ist. Sie fordern deshalb folgerichtig

„Gründung und Förderung einer Energiegesellschaft mit dem Ziel, die Umstrukturierung in Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und die Erstellung eines gesamten Energiekonzeptes auf internationaler Ebene.“

Unverhüllt wird damit die Forderung nach Wirtschaftslenkung und planwirtschaftlicher Kontrolle erhoben. Auch hier hatten Bahro und Genossen das entscheidende Wort.

GRÜNE Gesellschaftspolitik — Stimmenfang ohne Skrupel

Das gesellschaftspolitische Kapital enthält die Summe aller gesellschaftspolitischen Forderungen, die sich in den Programmen der Bundestagsparteien befinden, und steigert sie zusätzlich ins quantitativ Grenzenlose. Während die Grünen in der

Wirtschaftspolitik Null-Wachstum propagieren, wäre ihre Sozialpolitik selbst bei einer blühenden Wirtschaft nicht finanziert:

- staatliche Rentenbeitragszahlungen während der Ausfallzeiten, die durch Kinderbetreuung und Haushalt notwendig sind,
- Hinterbliebenenrente für jede Witwe in voller Höhe der entsprechenden Rente des Ehemannes,
- bekommen beide Ehepartner Rente, so ist bei Tod eines Partners die größere weiterzuzahlen,
- Rentner sollen ein unversteuertes Einkommen erhalten, das den Mindestlohn für Arbeitnehmer nicht unterschreitet,
- für eine flexible Altersgrenze ab 55 Jahre sowie für eine vorherige gestaffelte Herabsetzung der Arbeitszeit für ältere Menschen,
- ein Erziehungsgehalt für den Elternteil, der zugunsten eines Kleinkindes auf die Berufsausübung verzichtet,
- die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre kranken Kinder bei vollem Lohn- bzw. Gehaltsausgleich zu pflegen,
- zeitliche Ausweitung des Mutterschutzes,
- die Möglichkeit für einen der beiden Elternteile, 18 Monate bei vollem Lohnausgleich sich der Erziehung des Kindes zu widmen.

Die Maßlosigkeit dieser Forderungen wird an zwei Beispielen deutlich:

1. Die Forderung der GRÜNEN, die Hinterbliebenenrente für jede Witwe in voller Höhe der entsprechenden Rente des Ehemannes anzusetzen, würde jährliche Mehrkosten von rund 20 Mrd. DM verursachen.
2. Die von den GRÜNEN geforderte flexible Altersgrenze ab 55 Jahren würde zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 30 Mrd. DM verursachen, wenn man davon ausgeht, daß die schrittweise Absenkung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre 9 bis 11 Mrd. DM jährlich kosten würde.

Sosehr die CDU die verbale Übernahme wichtiger gesellschaftlicher Forderungen wie z. B. des Erziehungsgeldes schätzt, sosehr muß das hemmungslose Anspruchsdanken, das diesem Teil des Programms der GRÜNEN zugrunde liegt, verurteilt

werden. Dieser skrupellose Stimmenfang mit ungedeckten und unerfüllbaren Wahlversprechen steht in einem krassen Gegensatz zur moralischen Überheblichkeit, mit der die GRÜNEN die Programme der anderen Parteien kritisieren.

Die GRÜNEN: Staatsverständnis mit kommunistischer Handschrift

In dem Abschnitt „Demokratie und Recht“ taucht das bekannte kommunistische Vokabular gegen unseren freiheitlich verfaßten Staat auf. Da ist die Rede von einem „Überwachungsstaat“, von „politischer Unterdrückung“ und von „Berufsverboten“ in der Bundesrepublik Deutschland. Es wird ein Bild der Bundesrepublik gezeichnet, wie es die extreme Linke seit langem tut, das aber mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. So heißt es etwa:

„... es gibt stärkere Tendenzen zu einem autoritären Maßnahmen- und Überwachungsstaat ...“

„Die Politik der etablierten Parteien hat mit Berufsverboten, Bespitzelung und polizeilicher Überwachung ein Klima in unserem Lande geschaffen, das Duckmäusertum und Anpassung hervorruft, welches freie politische Betätigung, Wahrnehmung demokratischer Freiheiten einschneidend behindert und jede Form des Widerstandes gegen Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung einschüchtert.

Der Abbau demokratischer Rechte ist keine vereinzelte Erscheinung, er vollzieht sich umfassend und in vielen Bereichen ...“

„Die großen Demonstrationen gegen die Atomkraftwerke haben die massiven Beschränkungen der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechtes gezeigt, wie sie von den Landesregierungen und der Bundesregierung vorangetrieben werden ...“

„Trotz aller in- und ausländischen Kritik, trotz vieler Zusicherungen und Versprechen, den ‚Radikalenerlaß‘ abschaffen zu wollen, sind seit 1972 Tausende von Mitbürgern aus politischen Gründen nicht eingestellt bzw. entlassen worden ...“

Bei so viel Abneigung gegen die freiheitliche Demokratie und ihre Regeln ist es nicht verwunderlich, daß das scheinbare Bekenntnis zur Gewaltfreiheit in Wirklichkeit nur den Aufruf zur Gewaltanwendung tarnt. Das Programm der GRÜNEN kennt nicht den Widerstand der freiheitlichen Demokratie gegen die Feinde der Freiheit; es fordert ein Recht für die Minderheit, sich notfalls gewaltsam gegen die Mehrheit durchzusetzen.

„Der Grundsatz der Gewaltfreiheit bedeutet (vielmehr), daß zur Verteidigung lebenserhaltender Interessen von Menschen gegenüber einer sich verselbständigen- den Herrschaftsordnung unter Umständen auch Widerstand gegen staatliche Maßnahmen nicht nur legitim, sondern auch erforderlich sein kann (z. B. Sitzstreiks, Wegesperren, Behinderung von Fahrzeugen) . . .“

Es suggeriert damit erneut die von anderen bereits früher propagierte heuchlerische Unterscheidungsmöglichkeit zwischen Gewalt gegen Personen oder Sachen.

GRÜNE Außenpolitik: Sicherheit ohne Freiheit

Die GRÜNEN sprechen klar und ungeschminkt aus, was der neutralistische Flügel der SPD denkt, aber aus wahltaktischen Gründen nur vorsichtig andeutet: „Auflösung der Militärblöcke“, eingeleitet durch einseitige Abrüstungsvorleistungen des Westens. Diese Politik soll den Frieden sichern.

Es wird jedoch kein Wort darüber verloren, welche Kräfte heute den Weltfrieden gefährden. Kein Wort darüber, daß die NATO als Verteidigungsbündnis freier Staaten gegen die Expansion der Sowjetunion entstand und die Aufgabe weiterhin erfüllen muß.

Kein Wort über die hemmungslose sowjetische Aufrüstung und ihre imperialistische Machtpolitik, mit der sie schwächere Völker ihrem Diktat unterwirft.

Während die Sowjets tagtäglich Raketen mit unvorstellbarer Zerstörungskraft produzieren, rufen die GRÜNEN dem Westen zu:

„Keine Einführung neuer Waffensysteme.“

Sie behaupten, die atomare Abschreckung sei zu einer unwirksamen Drohung geworden und sie fordern:

„Die Abrüstung muß dabei im eigenen Land beginnen und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten.“

Daß die GRÜNEN die deutsche Rüstungsindustrie auf „friedliche Produktion“ umstellen, die Bundeswehr „abbauen“, den Militärdienst „langfristig“ abschaffen wollen, die Unterstützung aller Verbände, die „antimilitaristische Arbeit leisten“, fordern, ergibt sich als logische Schlußfolgerung aus ihren sicherheitspolitischen Träumereien. Es spricht viel dafür, daß hinter dieser „Naivität“ System steckt.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der wichtigsten Programmaussagen der GRÜNEN hat gezeigt, daß ihr Konzept

- umweltpolitische Radikalität bis zur alternativlosen gesellschaftlichen Revolution und Rückentwicklung unserer wirtschaftlichen Grundlagen,
- sozialpolitische Maßnahmen mit unübersehbaren Kosten und ohne Bezug zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und
- eine sicherheitspolitisch verantwortungslose Außenpolitik fordert.

Das Programm offenbart bei näherer Analyse das Gesamtdilemma einer politischen Gruppe, die sich nur in einem einig ist: der Ablehnung unserer bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung; die sich jedoch nicht einmal einig ist, ob diese Ablehnung den Schutz der Umwelt oder eine marxistische Systemveränderung bezuwecken soll.

Zu den Impulsen der Ökologie für die Politik zählt die auch in diesem Bereich erkannte Bedeutung der kleineren Einheit und der Vielfalt für das Leben. Um so widersprüchlicher ist die Verbindung der GRÜNEN zu den Marxisten mit dem Trend zur zentralistischen Vereinheitlichung und der häufige Ruf der Umweltgruppen nach staatlicher Reglementierung. Damit wird die eigene — ökologische — Absicht verraten.

CDU: Für Fortschritt mit menschlichem Gesicht

Es wäre allerdings verfehlt, mit dem Programm und der Partei der GRÜNEN ein Anliegen abzulehnen, das viele Bürger bewegt. Die Ökologie kann uns die Kenntnisse vermitteln, die zur Überlebensfähigkeit unseres natürlichen Systems notwendig sind.

Die dazu erforderlichen Bedingungen und Handlungsrahmen sind von den Naturgesetzen her vorgegeben und politisch nicht manipulierbar. Jedes Handeln gegen diese Gesetze ist kurzsichtig und schlägt auf den Urheber zurück. Innerhalb dieses Rahmens gibt es jedoch beträchtlichen Handlungsspielraum, der von den Wertvorstellungen der einzelnen Parteien her gestaltet werden muß.

In der Öffentlichkeit hat sich in den letzten Jahren ein waches Bewußtsein dafür entwickelt, daß ein menschenwürdiges Dasein nur in einer gesunden Umwelt

möglich ist. Jeder von uns spürt, daß wir Gefahr laufen, wichtige Teile unserer Umwelt zum Nachteil für uns und die folgenden Generationen zu verändern. Die Umweltbelastung, die sich aus dem Produktionsprozeß unserer Volkswirtschaft und aus unseren privaten Lebensgewohnheiten ergeben hat, ist ein Problem, dessen Lösung auch von den Bürgern unseres Landes immer stärker gefordert wird.

Diese Neuorientierung wirkt tiefgreifend auf die Wählerlandschaft. Die Teilerfolge grüner und alternativer Listen bei den Landtagswahlen belegen dies.

Wie ist das zu erklären?

Die „euphoristische Aufbruchstimmung“ der Jahre 1969 bis 1973, als die Jugend an die Verwirklichung ihrer sogenannten „Emanzipations- und Freiheitsthemen“ glaubte, ist vorüber. Heute scheinen wir in einer Zeit zu leben, in der die Jugendlichen zwar nicht ihre Idealvorstellungen aufgegeben haben, aber deren Realisierung durch die vorhandenen Parteien nicht mehr als gewährleistet ansehen.

Viele junge Leute begreifen den Umweltschutzgedanken als Botschaft einer alternativen, ihrem Lebensgefühl besser entsprechenden Daseinsgestaltung.

Sie suchen Auswege aus den Zwängen einer durch komplizierte Technik und bürokratische Organisation geprägten Industriegesellschaft. Ihnen geht es um Chancen für ein sinnerfülltes Leben, um Geborgenheit in überschaubaren Gruppen, um mehr Freiraum für schöpferische Individualität.

Ihr Engagement für den Umweltschutz ist geprägt von der Vorstellung, daß die Einengung ihrer Freiheit und der Anpassungsdruck, den sie in einer auf Mehrung des materiellen Wohlstandes ausgerichteten Politik empfinden, dieselben Ursachen haben wie die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Die einen reagieren darauf durch den „Rückzug ins Private“; andere damit, daß sie glauben, sich neuen Parteien mit „neuen Zielsetzungen“ zuwenden zu müssen.

Es stimmt die Union nachdenklich, wenn nach neuesten Umfragen fast 60 % der jungen Leute ihre — mehr oder weniger großen — Sympathien für die GRÜNEN und „Alternativen“ erkennen lassen. Wir müssen deshalb stärker als bisher verdeutlichen, daß unsere Partei nicht nur bereits Ende der 50er Jahre wichtige umweltpolitische Maßnahmen ergriffen hat, sondern inzwischen auch über ein umfassendes umweltpolitisches Konzept verfügt, das sich in unsere bestehende freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung widerspruchlos einfügt.

Die CDU hat sich von jeher gegen ausschließlich materialistisches Fortschrittsdenken und für die Erhaltung bewährter und lebenswichtiger Güter und Werte eingesetzt. Für uns gehört die Sicherung einer lebenswerten Zukunft deshalb zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Die Bewahrung einer gesunden Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts ist eine konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes: Wir stehen in der Pflicht, nachfolgenden Generationen die Schönheit, den Reichtum und die lebenswichtigen Funktionen unserer Umwelt zu erhalten.

Die Zukunftsprobleme sind auf freiheitliche Weise und im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft lösbar. Sie erfordern nicht die Überwindung der Sozialen Marktwirtschaft oder der repräsentativen Demokratie, sondern eine Rückbesinnung auf das umfassende Verständnis von unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie es sich bei den Klassikern der Sozialen Marktwirtschaft findet.

Dieses umfassende, unorthodoxe, aber vielfach verschüttete Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft umgreift mühelos auch die Zukunftsprobleme. „Wir sind der Meinung, daß es unendlich viele Dinge gibt, die wichtiger sind als Wirtschaft...“, so Alexander Rüstow.

„Marktwirtschaft ist nicht genug“, so immer wieder Wilhelm Röpke, der eine bloße Wirtschafts- und Wachstumsgesellschaft stets an die Fragen „jenseits von Angebot und Nachfrage“ erinnerte und sie mahnte, nicht „Maß und Mitte“ zu verlieren. Und wie ein aktueller Kommentar zur Umwelt- und Wachstumsdebatte liest sich seine Philippika gegen die Moralisten und die ökonomischen Macher: „Nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ist genauso abschreckend wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus, und leider ist das eine so verbreitet wie das andere.“

Dies sind hochaktuelle, zukunftsweisende Sätze. Sie beschreiben den Reichtum der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur eine „ökonomische“ Vergangenheit, sondern auch eine „ökologische“ Zukunft! Es ist möglich, aber auch notwendig, sie in ähnlicher Weise durch einen ökologischen Rahmen zu ergänzen, wie sie bisher erfolgreich den sozialen Anspruch angenommen und erfüllt hat. Die Union hat dort, wo sie Verantwortung trägt, bewiesen, daß diese Behauptung politische Wirklichkeit werden kann.

In ihrem Grundsatzprogramm hebt sie deshalb auch die hohe Bedeutung des Umweltschutzes dadurch hervor, daß sie den Zielkatalog der Wirtschaftspolitik wie folgt beschreibt:

„Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sind Ziele unserer Wirtschaftspolitik. Aber die Verwirklichung dieser Ziele reicht allein nicht aus, um die Solidarität mit den künftigen Generationen zu gewährleisten. Sie müssen daher um die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens erweitert werden. Langfristig zuverlässige Rahmenbedingungen sind für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung ebenso wichtig wie eine verlässliche Ordnungspolitik.“